V-5 Solidarität statt Rechtspopulismus: Für eine diskriminierungsfreie Sprache im Wahlkampf!

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 14.12.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedene Anträge

Antragstext

Am 23. Februar wird ein neuer Bundestag gewählt. Als Grüne Jugend stellen wir uns einem sprachlichen Überbietungwettkampf von rechts entschieden entgegen. Wenn ein sozialdemokratischer Bundeskanzler im "großen Stil" abschieben möchte und ein CDU-Kanzlerkandidat durch rassistische Aussagen wie der von einem vermeintlichen "Sozialtourismus" von Geflüchteten nach Deutschland auffällt, müssen Vertreter*innen von Bündnis 90/Die Grünen sich dem klar entgegenstellen. Dass solche Aussagen, die der CDU-Kanzlerkandidat getroffen hat, klar rassistisch sind, ist nicht zu leugnen. Das sollte allgemein und auch von allen Grünen anerkannt werden. Jede demokratische Partei hat eine große Verantwortung, den politischen und gesellschaftlichen Diskurs mitzugestalten. Sprache schafft Realität. Wir erleben seit Monaten einen massiven Rechtsruck in der politischen Debatte, der insbesondere marginalisierte Menschen stark trifft. Gleichzeitig nimmt die Zustimmung zu islamfeindlichen und antisemitischen Aussagen in der Gesellschaft stark zu. Wir fordern die Grünen, insbesondere Funktionsträger*innen, dazu auf, diskriminierungsfreie Sprache zu verwenden und keine rechtspopulistischen Erzählungen aufzugreifen. Gerade mit Blick auf den Wahlkampf ist das besonders wichtig. Wir als Grüne Jugend stehen für eine Zukunft, in der alle Menschen sicher, selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben können und in der alle Menschen, die Schutz suchen, auch Schutz bekommen. Aktuell sehen wir oft, wie Politiker*innen demokratischer Parteien rechtspopulistische Narrative aufgreifen, insbesondere in der Migrationspolitik und Queerpolitik. In den vergangenen Wochen haben auch Vertreter*innen der Partei Bündnis 90/Die Grünen mehrfach Aussagen getätigt, die für uns als Grüne Jugend inakzeptabel sind.

Ein Beispiel hierfür ist die Verwendung des Slogans: "Make Green Great Again". Wir können nicht nachvollziehen, warum der zentrale Wahlkampfspruch einer Person übernommen wird, die frauenfeindliche, klimaskeptische, ableistische, queerfeindliche und faschistische Positionen vertritt, um für die grüne Partei zu werben. Das ist inakzeptabel! Durch die Übernahme solcher Slogans stärkt man die Narrative der Urheber*innen. Wir haben es nicht nötig, uns vermeintliche Erfolgsstrategien von Trump abzuschauen. Wir fordern daher eine klare

Entschuldigung und eine eindeutige Abgrenzung von derartigen Aussagen.

Ein weiteres Beispiel ist die Reduktion von Schutzsuchenden und Asylbewerber*innen auf Personen, die in Deutschland "ihr Glück suchen" und die "wir gebrauchen können" z.B. weil sie für uns in Pflegeheimen arbeiten sollen. Viele Menschen suchen in Deutschland und Europa nicht einfach nur eine neue Arbeitsstelle, sondern Schutz vor politischer Verfolgung und Krieg! Diese Tatsache sollte in jedem grünen Interview über Asyl- und Migrationspolitik gewürdigt werden. Menschen nur auf ihre Nützlichkeit zu reduzieren, ist entmenschlichend. Wenn im selben Atemzug von Rechten gesprochen wird, die "verwirkt werden", dann müssen wir als Grüne Jugend dem entschieden entgegentreten und sagen: "Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Ein Menschenrecht kann nicht verwirkt werden!" Aussprüche von Rechten, die "verwirkt" würden, erinnern an das rechte Narrativ vom "verwirkten Gastrecht". Menschen, die in Deutschland Schutz suchen und sich hier ein Leben aufbauen, sind keine Gäst*innen, die wir nach Belieben rausschmeißen können. Sie sind unsere Mitmenschen und dementsprechend sollten wir sie auch in unserer Sprache behandeln! Auch hier erwarten wir eine deutliche Entschuldigung und eine Distanzierung von dieser Sprache.

Noch ein Beispiel ist ein Post einer Spitzenpolitikerin auf der Plattform "X", in dem als Reaktion auf den Anschlag von Solingen gesagt wird, man habe ja zum Glück schon geregelt, dass Abschiebungen auch nachts und ohne Vorankündigung stattfinden können. Hier wird eine aus unserer Sicht problematische Verknüpfung von Sicherheitspolitik und Migrationspolitik hergestellt. Diese Verknüpfung schürt rassistische Vorurteile gegen geflüchtete Menschen und stellt sie unter Generalverdacht. Zudem bedeuten nächtliche und unangekündigte Abschiebungen ein retraumatisierendes Erlebnis für die Betroffenen. Dass der Post inzwischen gelöscht wurde, reicht nicht aus. Es braucht auch hier eine Entschuldigung für die Verwendung rassistischer Narrative.

Darüber hinaus verurteilen wir, dass in einem Antrag zur 50. BDK, der von zahlreichen grünen Spitzenpolitiker*innen unterstützt wurde, neben vielen inhaltlichen Punkten, die wir als Grüne Jugend ablehnen - wie der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten - von der "Reduzierung ungesteuerter Zuwanderung" geschrieben wird. Das Narrativ von Migration als vermeintlich ungesteuerter "Gefahr", die "reduziert" werden müsse, lehnen wir ab, da auch hier unschuldige Menschen unter Verdacht gestellt und entmenschlicht werden. Migration ist eine Realität und sie kann nicht ohne massive Menschenrechtsverstöße "reduziert" werden. Wir als Grüne Jugend treten diesem Narrativ entschieden entgegen.

Ableismus bleibt ein tief verwurzeltes Problem in politischen Debatten und gesellschaftlichen Strukturen. Wir setzen uns geschlossen gegen jede Form der Diskriminierung aufgrund von Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder neurodiversen Merkmalen ein. Gleichzeitig fordern wir Bündnis 90/Die Grünen dazu

auf, sich aktiv mit Ableismus auseinanderzusetzen, um diskriminierende Strukturen in der Partei und im öffentlichen Diskurs zu erkennen und abzubauen. Es ist essenziell, dass ableistischer Sprache und Handlungen in politischen Diskussionen entschieden widersprochen wird. Die Lebensrealitäten von Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen und neurodiversen Menschen finden in politischen Debatten nach wie vor zu wenig Beachtung. Ihre Perspektiven und Erfahrungen müssen sichtbar gemacht und in den Mittelpunkt gestellt werden. Wir als Grüne Jugend sehen es als unsere Verantwortung, uns konsequent für ihre Rechte einzusetzen und dafür Plattformen zu schaffen, auf denen sie ihre Anliegen selbstbestimmt vertreten können.Der Bundesvorstand der Grünen Jugend wird zudem aufgefordert, sicherzustellen, dass künftige Wahlkampagnen möglichst barrierefrei gestaltet sind. Dies umfasst sowohl physische als auch digitale Barrierefreiheit sowie die Vermeidung ableistischer Sprache und Darstellungen.

Bündnis 90/Die Grünen müssen für einen Politikstil stehen, der für alle Menschen da ist und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie stärkt. Bündnisgrüne Politik muss sich daran messen lassen, wie viel Sicherheit sie für marginalisierte Gruppen bietet. Eine antirassistische Sprache kann hier nur einen Anfang darstellen.